



PRESSEMITTEILUNG

Nr.198/GP

11.10.2024

Gerlach: Suizidprävention verstärkt in den Blick nehmen - Bayerns Gesundheitsministerin anlässlich der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention in München

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hat dazu aufgerufen, die Suizidprävention verstärkt in den Blick zu nehmen. Die Ministerin betonte am Freitag anlässlich der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention in München: „Suizidprävention ist ein Thema, das uns alle betrifft. Denn Suizide können vermieden werden, indem wir Menschen in seelischer Not erreichen und ihnen helfen.“

Aktuellen Zahlen zufolge gab es in Deutschland einen Anstieg von 10.119 Suiziden im Jahr 2022 auf 10.304 im Jahr 2023. In Bayern gab es im gleichen Zeitraum einen leichten Rückgang von 1.811 auf 1.799 Suizide.

Gerlach unterstrich: „Ein Schlüssel, um Leben zu retten, ist Prävention. Ich freue mich, dass auch auf Bundesebene endlich Schritte in Richtung einer umfassenden Suizidprävention unternommen werden. Einige Ansätze der im Mai vorgestellten Nationalen Suizidpräventionsstrategie – wie eine zentrale einheitliche Krisendienstnotrufnummer – begrüßen wir. Mit den Krisendiensten Bayern wird dieses wichtige Angebot in Bayern bereits erfolgreich umgesetzt. Nun muss der von Bundesgesundheitsminister Lauterbach angekündigte Entwurf für ein Suizidpräventionsgesetz endlich vorgelegt werden, um Umsetzung und Finanzierung der geplanten Maßnahmen gesetzlich zu verankern.“

Die Ministerin erläuterte: „Suizide hängen häufig mit einer psychischen Erkrankung oder einer akuten psychischen Krise zusammen. Deshalb sind – neben der raschen und fachkundigen Unterstützung von Menschen in psychischen Notlagen wie durch die Krisendienste – Prävention, Früherkennung sowie eine möglichst frühzeitige Behandlung von psychischen Störungen sehr wichtig.“

Gerlach ergänzte: „Die Krisendienste Bayern sind für Menschen in psychischen Krisen sowie Personen aus deren Lebensumfeld kostenlos und rund um die Uhr unter der einheitlichen Rufnummer 0800/6553000 erreichbar und können Krisenhilfe in mehr als 120 Sprachen leisten. Die Krisendienste bestehen je Bezirk aus einer mit Fachkräften besetzten Leitstelle und mobilen Fachkräften, die auf Anforderung vor Ort tätig werden können. Sie ergänzen das bestehende



Versorgungssystem und übernehmen dabei zudem eine Lotsen- und Steuerungsfunktion. Der Freistaat finanziert die Leitstellen der Krisendienste, während die Bayerischen Bezirke für die Kosten der aufsuchenden Fachkräfte der Krisendienste aufkommen."

Die Ministerin fügte hinzu: „Wir wollen Betroffenen und ihren Familien Mut machen, offener mit psychischen Krankheiten umzugehen. Deshalb zielt das bayerische Gesundheitsministerium mit entsprechenden Maßnahmen besonders darauf ab, die Menschen zu Aspekten der psychischen Gesundheit zu sensibilisieren und über psychische Erkrankungen zu informieren. Dabei wollen wir klarmachen, dass es Hilfe gibt und man diese frühzeitig in Anspruch nehmen sollte.“

Nur ein Beispiel ist das vom Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention (StMGP) geförderte Projekt „Hilfe in seelischer Not – Psychische Gesundheit für Jung und Alt – HSN-Age“: Dabei werden Ersthelfer-Schulungen für psychische Notsituationen entwickelt und evaluiert. Ziel der Kurse ist es, den Teilnehmenden Handlungsstrategien zu vermitteln, um eine akute psychische Belastung in ihrem Umfeld zu lindern und die Entstigmatisierung psychischer Störungen weiter voranzubringen.

Teil des Masterplans Prävention für Bayern, den das StMGP derzeit gemeinsam mit den 150 Partnern im Bündnis für Prävention, mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst und den Gesundheitsregionen^{plus} im Freistaat erarbeitet, ist auch die Förderung der psychischen Gesundheit.

Weitere Informationen zu Projekten; Maßnahmen und Kampagnen des StMGP können der Webseite www.stmgp.bayern.de/vorsorge/psychische-gesundheit/ entnommen werden.